

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Röllischen Park 2.

Inserate: Die schraggespaltene Nonparelzeile ober deren Raum 1 Mark, Arbeitervermittlungen 50 Pfennig, Verbandsangelegenheiten 30 Pfennig pro Zeile.

Internationale Gewerkschaftseinheit

Von der kommunistischen Internationale in Moskau und ihren Zweigstellen in Deutschland und den übrigen Ländern wird eine sehr geräuschvolle Propaganda für die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit entfaltet. Eine nationale und internationale Einheit der Gewerkschaften ist in der Tat im höchsten Maße wünschenswert. Sie herzustellen, wäre auch gar nicht nötig gewesen, wenn nicht die Russen und ihre Nachbeter die vorher bestandene internationale Gewerkschaftseinheit zerstört hätten. Nachdem die kommunistische Partei in Russland die Staatsgewalt ergriffen hatte, wurde in Moskau die Rote Gewerkschaftsinternationale gegründet. Der Zweck dieser Gründung war es, auf dem Wege über die Gewerkschaften in allen Ländern Propaganda für das russische Staatsideal zu machen.

Dem Internationalen Gewerkschaftsbund mit dem Sitz in Amsterdam wurde grimmige Fehde angezogen. In den Statuten der Roten Internationale wird der Internationale Gewerkschaftsbund als eine „Internationale der Kraftlosigkeit, des Wirrwarrs und der Dienstbereitschaft vor der Bourgeoisie“ bezeichnet. Ihr müsse „die Internationale der revolutionären Aktion und der Aktivität entgegengestellt werden: eine Internationale, welche gemeinsam mit der kommunistischen Internationale die Arbeiterklasse organisiert, um die Vernichtung der Bourgeoisie, die Zerstörung des bürgerlichen Staates, die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats, ferner die Besitzergreifung der Produktionsmittel und Produktionsmaschinen und die Einführung des Kommunismus durchzuführen“. Diese Zielsetzung steht in schroffem Widerspruch zu den Bestrebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der denn auch von der Roten Gewerkschaftsinternationale und ihrem Anhang fortgesetzt in der unflätigsten Weise beschimpft wurde. Die Moskauer Gewerkschaftspropaganda hat vorübergehend in einigen Ländern Anklang gefunden. Der Erfolg war dann regelmäßig eine Spaltung der nationalen Organisation und die Verurteilung der Splitter zur Einflußlosigkeit. Das Schicksal der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich ist dafür ein betrübendes Beispiel.

Die scharfe Gegnerschaft gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund, den sie fortgesetzt mit den schmutzigsten Waffen bekämpft, hindert die Rote Gewerkschaftsinternationale und die ihr angeschlossenen Organisationen, vor allem den Allrussischen Gewerkschaftsrat nicht, unaufhörlich nach der Herstellung der Gewerkschaftseinheit zu rufen. Diese Einheit wäre sofort herzustellen, wenn sich die russischen Gewerkschaften dem Internationalen Gewerkschaftsbund anschließen würden, dem sie als vollberechtigtes Mitglied wie die anderen angeschlossenen Landeszentralen angehören könnten. Das aber wollen die Russen nicht. Sie wollen nicht Demokratie und Gleichberechtigung, sondern sie wollen über die anderen herrschen. Von einer Auflösung der Roten Gewerkschaftsinternationale ist natürlich keine Rede. Die Rote Gewerkschaftsinternationale will mit all ihren Gliedern in den internationalen Gewerkschaftskörper eindringen; sie verlangt für ihre kommunistischen Zellen das Recht, in allen Teilen der Gewerkschaftsorganisation, von der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes bis herunter zur örtlichen Verwaltung der einzelnen Berufsvereine, ihre Propaganda für die russische Welt Herrschaft zu treiben.

Das kann den Russen und ihrem Anhang nicht zugestanden werden. Sie sind aber zäh, und sie versuchen, was sie offen nicht erreichen können, auf Umwegen zu erlangen. Deshalb die fortgesetzten Versuche der Russen, Eingang in die beruflichen Gewerkschaftsinternationale zu finden. Die Internationale Union der Holzarbeiter hat diese Aufnahmegesuche wiederholt abgelehnt. Der Sinn der gefassten Beschlüsse geht dahin, daß die Russen in der Holzarbeiter-Internationale willkommen sind; sie müssen aber, sofern die Rote Gewerkschaftsinternationale noch besteht, zunächst ihr Verhältnis zu ihr lösen. Kommen sie als Glieder der Roten Internationale, dann spielen sie die Rolle des Spions, der in die belagerte Festung eindringt, um sie von innen heraus sturmreif zu machen.

Die Russen legen großen Wert darauf, zu betonen, daß ihre Organisationen regelrechte Gewerkschaften seien, und daß ihre Methoden ebenso gut oder besser seien als die der europäischen Verbände. Das ist aber gar keine Streitfrage. Jede Gewerkschaftsbewegung hat ihre nationalen Eigenarten, die aus dem Boden zu erklären sind, auf dem sie wachsen. Selbstverständlich hat jede der Internationale angeschlossene Organisation das Recht, ihre inneren Angelegenheiten selbstständig zu regeln, und wenn der Allrussische Holzarbeiter-Verband der Internationale Union angeschlossener wäre, dann würde er nach wie vor das Recht behalten, über seine inneren Einrichtungen allein zu bestimmen. Allerdings hätte er dann auch die Pflicht, seine Finger von den Gewerkschaften in den anderen Ländern zu lassen. Das ist aber eine Zumutung, die dem Wesen eines Gliedes der Roten Gewerkschaftsinternationale widerspricht. So hat der Vorstand des Allrussischen Holzarbeiter-Verbandes zu seinem bevorstehenden Kon-

gress nicht nur unsern Verbandsvorstand eingeladen, er hat auch die gleiche Einladung an eine Reihe örtlicher Verwaltungen unseres Verbandes geschickt. Abgesehen von anderen Erwägungen ist die Annahme einer solchen Einladung durch eine Ortsverwaltung schon aus statistischen Gründen unzulässig; zur Vertretung des Verbandes nach außen ist nur der Verbandsvorstand befugt. Dieser hat die Einladung abgelehnt und die Gründe dafür in einem ausführlichen Schreiben niedergelegt. Da dieser Brief die Stellung unseres Verbandsvorstandes zu dem Problem eingehend dargelegt, lassen wir ihn im vollen Wortlaut folgen:

Berlin, den 1. Dezember 1925.

An den Vorstand des Allrussischen Holzarbeiter-Verbandes Moskau.

Werte Kollegen!

Sie haben uns eine Einladung zu Ihrem kommenden Kongress übermittelt und es für gut befunden, gleichzeitig auch eine Anzahl unserer lokalen Verwaltungstellen mit einer solchen Einladung zu beehren. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß Ihnen unser Organisationsprogramm gut genug bekannt ist, um zu wissen, daß nicht die Verwaltungsstellen, sondern nur der Zentralvorstand unseres Verbandes das Recht hat, gegebenenfalls eine Auslandsdelegation zu bestimmen. Wenn Sie sich trotzdem an unsere lokalen Stellen gewandt haben, so können wir darin nur wieder einen Ihrer Versuche sehen, sich in unsere inneren Organisationsverhältnisse einzumischen und einzelne lokale Mitgliedschaften zu ermuntern, sich nicht nur gegen die Führung des Verbandes aufzulehnen, sondern auch die Satzungen und Beschlüsse der Gesamtsatzung zu mißachten. Wir bedauern es aufrichtig, daß Sie immer noch nicht von diesen Bemühungen ablassen können, die schon deswegen sehr ärgerlich sind, weil Sie doch längst ihre Erfolgslosigkeit erkannt haben müssen. Andererseits verzögern und erschweren Sie damit aber die Herstellung tatsächlicher freundschaftlicher Beziehungen zwischen unseren beiden Organisationen, deren Zustandekommen durchaus unseren eigenen Wünschen entspricht.

Der Vorstand unseres Verbandes hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß er die Voraussetzungen für die Annahme Ihrer Einladung noch nicht für gegeben ansieht. Sie wissen, daß wir einer gewerkschaftlichen Internationale, und daß Sie selbst einer anderen angehören, die den heftigsten Kampf gegen unseren internationalen Bund führt. Es erscheint uns unumgänglich, daß eine Organisation beiden Internationalen angehören könnte, ohne die eine zu betrügen. Und nichts anderes ist es, wenn Sie versichern, mit uns freundschaftliche Beziehungen herstellen zu wollen, aber die Unterstützung des Vernichtungskampfes gegen unseren Internationalen Gewerkschaftsbund aufzugeben nicht gewillt sind. Es ist notwendig, daß wir beiderseits ehrlich unsere Bemühungen darauf richten, eine lokale Vertretung beider internationalen Gewerkschaftsbünde herbeizuführen, und Sie dürfen versichert sein, daß wir aufrichtig an dieser Aufgabe mitarbeiten. Allerdings sind wir der Meinung, daß eine eheliche Verbindung nicht möglich ist, wenn die russischen Gewerkschaften daran festhalten wollen, ihre politischen Anschauungen und gewerkschaftlichen Methoden den Gewerkschaften anderer Länder aufzuzwingen, und dabei vor keinem Mittel zurückzuschrecken, um sich direkten Einfluß in den Organisationen anderer Länder zu verschaffen. Eine solche Methode steht in einem schroffen Gegensatz zu den Grundprinzipien unserer internationalen Vereinigung, nach welchen der Arbeiterstand eines jeden Landes über den organisatorischen Aufbau und die Grundzüge ihrer Bewegung das alleinige Bestimmungsrecht zusteht. Wir selbst sind überzeugt, daß die russischen Arbeiter besser als wir erkennen können, welche Methoden und Organisationsformen in ihrem Lande angewendet werden müssen, um die Arbeiterinteressen wirksam zu vertreten, und wir sind deshalb weit davon entfernt, ihnen unsere eigenen Methoden aufzuzwingen zu wollen. Dasselbe Recht aber, das wir den russischen und den Arbeitern irgendeines anderen Landes zubilligen, verlangen wir auch für die deutschen Arbeiter, und wir wollen deshalb jeden Versuch unbefugter Stellen, in unser Selbstbestimmungsrecht einzugreifen, mit Entschiedenheit zurückweisen. Nicht die Tatsache, daß Sie andere politische und gewerkschaftliche Anschauungen und Methoden haben als wir — eine Tatsache, die sich für uns aus den andersgearteten Verhältnissen Ihres Landes ganz natürlich erklärt —, hat bisher ein freundschaftliches Verhältnis zwischen uns verhindert, sondern nur Ihre planmäßigen Versuche, direkt oder mit Hilfe Ihrer politischen Anhänger unser Organisationsleben zu stören, die von unseren Mitgliedschaften erwählte Führung zu beschmühen und zu verdrängen; und sich überhaupt in Dinge einzumischen, die Sie so wenig angehen, wie uns die uraltesten Verhältnisse in Ihrer Organisation, tragen die Schuld daran.

Soweit wir wissen, ist dies auch der einzige wesentliche Grund, der bisher noch einer Vereinigung unserer beiden Gewerkschaftsinternationale im Wege steht. Wir würden es für unbillig ansehen, wenn etwa die Leitung der Amsterdamer Internationale die Vereinigung von der Preisgabe oder Annahme bestimmter politischer Prinzipien für die russische Arbeiterbewegung oder der Anwendung westeuropäischer Gewerkschaftsmethoden oder der Änderung des russischen Regierungs- und Wirtschaftslebens abhängig machen wollte. Das alles sind Angelegenheiten, über die die russischen Arbeiter und ihre Organisationen selbst entscheiden müssen. Es handelt sich nur noch darum, daß auch die russische Arbeiterbewegung resp. ihre Führung die gleiche Loyalität der ausländischer Arbeiterbewegung gegenüber erkennen und Garantien für die eheliche Durchführung bietet. Wenn dies geschieht, ist nicht einzusehen, welcher Grund noch einer Vereinigung im Wege stehen sollte.

Sie werden nun begreifen, warum wir trotz unseres ehrlichen Wunsches nach baldmöglichster Herstellung freundschaftlicher Beziehungen Ihre Einladung nicht annehmen können. Nichtsdestoweniger haben wir den aufrichtigen Wunsch, daß die Verhandlungen Ihres Kongresses dazu beitragen mögen, Ihre gewerkschaftliche Organisation zu stärken und die Lebensverhältnisse der russischen Holzarbeiter zu verbessern. Ebenso aufrichtig würden wir uns freuen, wenn Sie objektiv und ohne Mißtrauen unsere oben dargelegten Anschauungen würdigen und sich bereitfinden könnten, im gleichen Sinne an einer ehelichen Verständigung in der internationalen Gewerkschaftsbewegung mitzuarbeiten.

Mit gewerkschaftlichem Gruß

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Der Vorstand.
Fritz Sarnow.

Dieser Brief unseres Verbandsvorstandes ist ein erneuter Beweis dafür, daß der Herstellung der internationalen gewerkschaftlichen Einheit keine Hindernisse entgegenstehen, wenn auch die Russen sich nur von dem Wunsche leiten lassen, die gewerkschaftlichen Bestrebungen zu fördern. Bisher haben aber die Maßnahmen der Roten Gewerkschaftsinternationale nur das Ziel verfolgt, die Herrschaft des russischen Bolschewismus über die internationale Arbeiterschaft aufzurichten und das Machtbereich der Moskauer Gewalthaber zu erweitern. Dazu kann man ihnen aber die Gewerkschaften nicht ausliefern.

Wirtschaftskrise und Lohndruck.

Die Wirtschaftskrise nimmt nicht die von uns erhoffte Wendung. Anstatt besser, ist es immer schlechter geworden. Am 1. Oktober zählte die Erwerbslosenunterstützung 266 078 Hauptunterstützungsempfänger, am 1. November waren es 363 784 und am 15. November 471 333. Inzwischen ist die Zahl weiter gestiegen. Heute sind es vielleicht schon 500 000 oder 600 000. Das sind die Unterstützungsempfänger; daneben gibt es ebensoviel oder noch mehr hunderttausend Erwerbslose, die keinen Anspruch auf Unterstützung haben, weil sie nicht unter die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge fallen, oder die vom Unternehmer keine Beschäftigung erhalten, daß sie wegen Arbeitsmangel entlassen sind. Auf diese Unternehmerpraktiken kommen wir weiter unten zurück. Dazu kommen noch die Kurzarbeiter. In manchen Orten und Bezirken hat die Zahl der Betriebseinschränkungen und Betriebsstillegungen einen geradezu katastrophalen Umfang angenommen. Wahrscheinlich beträgt die Zahl der Erwerbslosen weit über eine Million und die Zahl der Kurzarbeiter mehrere Millionen. Die Unternehmer kündigen weitere Entlassungen an, es wird also noch schlimmer werden. Das sind keine guten Aussichten.

Über den Charakter der schweren Wirtschaftskrise sind sich die Gelehrten auch heute noch nicht einig. Die einen bezeichnen sie als eine Folge der von der Reichsbank durchgeführten Krediteinschränkung, die anderen reden von einer Abzugs- und die dritten von einer Produktionskrise im dem Sinne, daß unser Produktionsapparat zu groß und den Bedürfnissen des Inland- und Weltmarktes zu wenig angepaßt ist. Wahrscheinlich haben alle drei Richtungen recht, und ganz besonders zutreffend sind die Worte des neuen Vorsitzenden des Zentralverbandes von Vereinen deutscher Holzinteressenten, Dr. Ostermann: „Die Wirtschaftskrise ist der wirtschaftliche Ausklang des großen Unheils, des furchtbaren Krieges.“

Wichtiger als der Streit über den Charakter der Wirtschaftskrise ist die Frage: Wie ist die Produktion wieder in Gang zu bringen? Leider verlagert auch hier die Wissenschaft. Einigkeit herrscht nur darüber, daß die Reichsbank bei der Krediteinschränkung zu stark zugreift. Würde sie etwas freigebiger werden, könnte vielleicht hier und da der Mangel an mobilem Kapital etwas gehoben werden. Die Rettung kommt von dieser Seite aber kaum. Daß die Reichsbank darauf sieht, daß nur werbende Kredite, d. h. Kredite, die der Produktion zugute kommen, gegeben werden, ist richtig. Die Zeit, wo Kredite zum Zusammenrücken von Sachwerten gegeben wurden, muß vorbei sein. Was an Geld vorhanden ist, muß aber in die Produktion kommen, nur dann erfüllt es seinen Zweck im Interesse der ganzen Wirtschaft.

Wie in der Gesamtwirtschaft, hat sich auch die Lage in der Holzwirtschaft verschlechtert. Die Zahl der eingeschränkten und stillgelegten Betriebe wächst ständig. Wir haben Orte mit ausgedehnter Holzindustrie, wo nicht ein einziger Vollarbeiter mehr vorhanden ist. Ein Teil ist völlig erwerbslos, und der andere arbeitet mit verkürzter Arbeitszeit. Zweifellos handeln viele Unternehmer unter dem wirtschaftlichen Druck, wenn sie ihre Betriebe teilweise oder völlig stilllegen. Es gibt aber auch viele andere, denen die Stilllegung ein Kampfmittel gegen die Arbeiterschaft ist. Es mehren sich die Fälle, wo der Unternehmer die Arbeiter vor die Frage stellt: Lohnabbau oder Betriebsstillegung? Lehnen die Arbeiter das Ansuchen, unter dem Tariflohn zu arbeiten, ab, wird der Betrieb geschlossen. Wenn die Unternehmer angeben, den Betrieb mit niedrigeren Löhnen aufrecht erhalten zu können, so ist das nur eine Ausrede. Die Unternehmer, die die Wirtschaftslage nicht zum Lohndruck benutzen wollen, geben offen zu, daß die Lohnfrage heute keine entscheidende Rolle spielt. So ist es auch in der Tat. Wenn sich die Arbeiter bereit erklären würden, unter den heutigen Löhnen zu arbeiten, eine Besserung der Wirtschaftslage würde dadurch nicht erreicht, im Gegenteil, sie würde sich nur noch verschlechtern. Lohnabbau oder mindert die Kaufkraft der Massen, die Folge davon ist eine Verschärfung der Abzugs- und Produktionskrise.

Würde man die Betriebe zählen, deren Tore geschlossen wurden, weil die Arbeiter den angebotenen Lohnabbau ablehnten, würde eine ziemlich große Zahl herauskommen. Die Unternehmerverbände reden gern von der Konjunkturlage der Gewerkschaften. Sie sehen in den Lohnforderungen eine Störung der Wirtschaft; das ist jedoch ein großer Irrtum. Auch in Deutschland sollte man endlich begreifen,

das hohe Löhne eine, und nicht die unwichtigste, Voraussetzung einer starken und stabilen Wirtschaft sind. Darum liegt die gewerkschaftliche Lohnpolitik im wohlverstandenen Interesse der Wirtschaft, d. h. der Volksgesamtheit. Was läßt sich von der Lohnpolitik der Unternehmer nicht sagen. Wenn das Wort von der Konjunkturpolitik überhaupt eine Berechtigung hat, dann gilt es für die Unternehmer. Ihre Berufung, die Wirtschaftsnöte der Arbeiterklasse dazu auszunutzen, die Löhne abzuhauen, ist Konjunkturpolitik im wahren Sinne des Wortes.

Die Unternehmer verfolgen mit ihrem Vorgehen noch einen anderen Zweck. Sie sind Gegner der Erwerbslosenfürsorge, und in Konsequenz dieser Gegnerschaft sind sie eifrig bemüht, die Arbeiter um die Unterstützung zu bringen. Bei den Betriebsstillegungen geben sie an, aus wirtschaftlichen Gründen dazu gezwungen zu sein. Die Produktion wird eingestellt, weil die Aufträge fehlen. Die Arbeiter werden also wegen Arbeitsmangel entlassen. Damit ist die gesetzliche Voraussetzung für den Bezug von Erwerbslosenunterstützung gegeben. Das aber wollen die Unternehmer verhindern, was ihnen in zahlreichen Fällen leider auch gelingt. Nach der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 12. Februar 1924 wird bei Erwerbslosigkeit, die durch Streik oder Aussperrung verursacht ist, Unterstützung frühestens vier Wochen nach Beendigung des Kampfes gezahlt. In dieser Bestimmung sehen die Unternehmer den Weg zu ihrem Ziel. Aus der aus wirtschaftlichen Gründen erfolgten Betriebsstillegung wird eine Aussperrung gemacht. Das geschieht in der Weise, daß der Unternehmer erklärt, den Betrieb weiterführen zu können, wenn sich die Arbeiter mit einem niedrigeren als dem bisherigen Lohn zufriedengeben. Das ist natürlich nur ein Vorwand, auch wenn die Arbeiter bereit wären, künftig billiger zu arbeiten, würde der Unternehmer für sie keine Beschäftigung haben. Sie brauchen aber diese Lohnabbauandrohung, um der Erwerbslosenfürsorge gegenüber erklären zu können, die Betriebsstillegung erfolge wegen Lohnminderungen, es handle sich also um eine Aussperrung. Und der Erfolg ist, die Arbeiter erhalten keine Unterstützung. Damit geschieht ihnen ein großes Unrecht. Die Arbeiter sind entlassen worden, weil der Unternehmer aus wirtschaftlichen Gründen seinen Betrieb geschlossen hat. Die Aussperrung wird nur vorgeschützt, um die Arbeiter um die Unterstützung zu bringen. An diese Tatsache hat sich die Erwerbslosenfürsorge zu halten, wenn sie über Unterhaltungsgehälter der Entlassenen zu entscheiden hat. Handelt sie anders, behandelt sie die wegen Arbeitsmangel Entlassenen als Ausgesperrte, dann leistet sie den Unternehmern Helfersdienste bei ihrem Bestreben, die Arbeiter durch Hunger müde zu machen.

Als Führer in diesem Kampfe fühlt sich wieder einmal Herr Paeth, der Obermeister der Berliner Tischlerinnung. In seiner Fachzeitung fordert er die Unternehmer auf, alles daranzusetzen, daß die Arbeiter um die Erwerbslosenunterstützung gekämpft werden. Seine Anweisungen an die Unternehmer sind so gehalten, daß bei ihrer Befolgung auch nicht ein einziger Arbeiter Unterstützung erhält. Nach der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge wird Unterstützung nur an arbeitsfähige und arbeitswillige Personen gezahlt. Wenn der Arbeiter das Arbeitsverhältnis löst, obwohl ihn der Unternehmer weiterbeschäftigen wollte, oder wenn er sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit zu einem angemessenen ortsüblichen Lohn anzunehmen, hat er keinen Anspruch auf Unterstützung, weil die Voraussetzung der Arbeitswilligkeit fehlt. Nur Arbeiter, die wegen Arbeitsmangel erwerbslos sind, erhalten Unterstützung. Arbeitsmangel gibt es bei Herrn Paeth überhaupt nicht. Wenn der Unternehmer die Arbeiter entläßt, weil er seinen Betrieb umbauen will, dann besteht nach Herrn Paeth kein Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung, denn der Unternehmer habe ja Arbeit, er könne die Belegschaft jetzt nur nicht beschäftigen. Es genügt dieses eine Beispiel aus den Anweisungen des Herrn Paeth, um zu zeigen, mit welcher Raffinerie er zu Werke geht. Die Unternehmer wollen die Arbeiter auf jeden Fall um die Erwerbslosenunterstützung bringen. Daß sie dabei dem Wortlaut und dem Geist des Gesetzes brutale Gewalt antun, kümmert sie nicht. Sie fühlen sich hart und die Zeit für gekommen, den Arbeitern den Daumen aufs Auge zu drücken.

Von der Reichsregierung ist zu fordern, daß sie dem Treiben der Unternehmer Einhalt gebietet. Die Erwerbslosenfürsorgebehörden dürfen nicht zum Pütel des Unternehmertums werden. Darüber hinaus hat die Reichsregierung die Pflicht, die Unterhaltungsgehälter für Erwerbslose zu erhöhen und mit größter Beschleunigung die Kurzarbeiterunterstützung wieder einzuführen. Mit diesen Fragen beschäftigt sich bereits der Reichstag. Wir erwarten, daß er rasch handelt und gute Arbeit leistet. Die Rot der Erwerbslosen und Kurzarbeiter fordert sofortige und durchgreifende Hilfe.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Ein Untersuchungsausschuß über Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung.

Der Verein für Sozialpolitik fordert vom Reichsarbeitsminister die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der kritische Untersuchungen über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung in den verschiedenen Erwerbszweigen Deutschlands und die darin herrschenden Lohnsituationen nach deren wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen vornehmen soll. Es soll ein besonderes Reichsgesetz geschaffen werden, das einen solchen Untersuchungsausschuß vorbestimmt. Dieser soll beauftragt sein, von jedermann, nötigenfalls unter Eid, Auskünfte über Tatsachen, die für die zu ermittelnden Zusammenhänge von Wichtigkeit sind, zu verlangen. Er soll insbesondere das Recht haben, Betriebsangehörige und Häupte, in deren Betrieben hergestellt, gelagert oder weiterverarbeitet oder Leistungen vorgenommen werden, zu befragen oder zu untersuchen, Unterlagen für die Bearbeitung von Belegen und Rechnungen einzusehen, wieder-

holte Kontrollmessungen von Arbeitsleistungen und Produktionsergebnissen vorzunehmen.

Die Anregung des Vereins für Sozialpolitik, durch einen unparteiischen Untersuchungsausschuß Feststellungen über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung machen zu lassen, ist begriffenswert. Die Arbeiter haben eine solche Untersuchung nicht zu scheuen. Wie sich die Unternehmer zu dieser Anregung stellen werden, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlich werden sie die Meinung haben, daß ein solcher Untersuchungsausschuß höchst überflüssig ist. Sie sind vollkommen zufrieden, wenn die Öffentlichkeit das für objektive Wahrheit nimmt, was ihre Syndikate über die Folgen des Achtstundentages und der „hohen“ Arbeitslöhne zusammengeredet und geschrieben haben.

Gegen die Steuerlast der Arbeiter.

Die Reichstagsmehrheit hat mit ihren im Sommer durchgepeitschten Steuergesetzen erreicht, was sie erstrebte: Entlastung der Besitzenden und stärkste Belastung des arbeitenden Volkes. Nach den Veröffentlichungen des Reichsfinanzministeriums hatte die Reichshauptkasse in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober eine Einnahme von 4 258 777 825 Mark. Das sind mehr als zwei Drittel des Vorauschlages für das Rechnungsjahr 1925. Über diese glänzende Entwicklung der Reichsfinanzen könnte man sich freuen, wenn es nicht in der Hauptsache die Groschen der Arbeiter wären. Wie aus folgender Übersicht hervorgeht, sind es ausschließlich die die Massen belastenden Steuern, die den Reichssäckel so kräftig füllen. Es erbrachten:

	Bom 1. 4. bis 31. 10. 1925	Vorausschlag für 1925
	in tausend Mark	
Einkommensteuer:		
a) aus Lohnabzügen	870 864	1 700 000
b) Steuerabz. v. Kapitalertrag	61 320	
c) andere Einkommensteuern	519 814	
Sölle	320 567	356 050
Zabaksteuer usw.	340 710	500 200
Zuckersteuer	151 705	185 000
Biersteuer	164 981	174 000
Branntweinmonopol	72 750	150 000

Bei der Einkommensteuer stehen die Einnahmen aus dem Steuerabzug vom Arbeitslohn obenan. Der Ertrag ist hier von Monat zu Monat gestiegen. Das ist die Folge der überaus hohen Belastung des Arbeitseinkommens. In keinem anderen Lande sind die Arbeiter so stark besteuert wie in Deutschland. In England z. B. bleiben für den Ledigen 3000 Mk. und für den Verheirateten 5000 Mk. vom Arbeitslohn steuerfrei. In Deutschland dagegen beträgt das steuerfreie Einkommen für den Ledigen 960 Mk. und für den Verheirateten mit zwei Kindern 1440 Mk. Die Anträge der Arbeitervertreter im Reichstag, ein wesentlich höheres steuerfreies Einkommen zu schaffen, wurden von den bürgerlichen Parteien ohne ein Wort der Würdigung abgelehnt. Schließlich kam folgender Beschluß zustande: „Abersteht das Einkommen aus der Lohnsteuer in der Zeit vom 1. Oktober 1925 bis zum 31. März 1926 oder später in einem Zeitraum von zwei aufeinanderfolgenden Kalendervierteljahren den Betrag von 600 Millionen Reichsmark, so hat die Reichsregierung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Erhöhung der Abzüge bei kinderreichen Familien und des steuerfreien Betrages herbeiführt.“

Die Sozialdemokraten haben gefordert, daß die Erhöhung der steuerfreien Beträge bereits erfolgen solle, wenn in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Oktober 1925 die Lohnsteuer den Betrag von 600 Millionen Mark erreicht; aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Wäre er angenommen worden, dann müßte jetzt eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens durchgeführt werden. Die Reichsregierung plant das auch, aber in völlig unzulänglicher Weise. Ihr Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Lohnsteuer bringt die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages einschließlich der Werbungskosten und Sonderleistungen von 80 auf 100 Mk. Die Familienermäßigungen sollen nicht erhöht werden.

Dieser Gesetzentwurf muß aufs schärfste zurückgewiesen werden. Was auf diesem Gebiete mindestens getan werden muß, zeigt der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Danach soll der steuerfreie Lohnbetrag von 12 auf 24 Mk. pro Woche erhöht werden. Auch die Beträge für Werbungskosten und sonstige Sonderausgaben sollen eine entsprechende Erhöhung erfahren. Außerdem sollen die Familienermäßigungen folgendermaßen erhöht werden: Für die Ehefrau auf 20 Mk., für das erste und zweite Kind auf je 30 Mk., für das dritte und vierte Kind auf je 40 Mk., für das fünfte und jedes folgende Kind auf je 50 Mk. monatlich. Mit diesem Vorschlage ist zugleich die Beseitigung des Systems der prozentualen Ermäßigungen verbunden, so daß künftig die Familienermäßigungen für alle Einkommen gleich hoch wären.

Wie sich die anderen Parteien zu diesem Antrag stellen, ist noch nicht bekannt. Die Unternehmer verlangen seine Ablehnung. Die Steuerstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie fordert von den Unternehmern statiiisches Material, das gegen den Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion spricht. Die Unternehmer fordern unter Hinweis auf die günstige Entwicklung der Steuereinnahmen des Reiches eine Herabsetzung solcher Steuern, die ihnen unangenehm sind. Die Arbeiter, die heute den Hauptteil der Steuerlast tragen müssen, sollen keine Erleichterung bekommen. Entlastung des Besitzes und stärkste Belastung des arbeitenden Volkes ist nach wie vor das Ziel der Unternehmer. Hoffentlich gelingt es den Arbeitervertretern im Reichstag, diesen schändlichen Plan zu zunichte zu machen.

Die Lohnsteigerung in Deutschland und im Ausland.

Über die Tatsache, daß Deutschlands Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt stark bedroht ist, besteht kein Streit. Nur darüber wird gestritten, ob die hohen Preise der deutschen Waren, durch die ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem inländischen und ausländischen Markt wenigstens teilweise gefährdet erscheint, in der Lohnsteigerung begründet sind. Die Unternehmer behaupten es, während wir es ganz entschieden bestreiten. Die Unternehmer hätten recht, wenn sie verhältnismäßig höhere Lohnaufwendungen hätten als ihre ausländischen Konkurrenten. Das ist aber nicht der Fall. Richtig ist vielmehr, daß der Lohn in Deutschland viel weniger ge-

stiegen ist als im Ausland. Prof. Dr. Spermberg (Leipzig), der sich in der „Sozialen Praxis“ mit dieser hochwichtigen Frage beschäftigt, kommt zu folgendem Ergebnis:

	1914 Lohn = 100	1924-25 Prozent von 1914	Steigerung seit 1914 in Prozent
Deutschland, ungel. Arbeiter	100	145	45
„gelernte Arbeiter	100	158	58
Frankreich	100	154	54
Dänemark	100	194	94
Italien	100	105	5
England	100	200	100
Amerika	100	282	182
Schweden	100	253	153
Holland	100	300	200

Aus diesem Vergleich der Lohnsteigerung in den verschiedensten Ländern geht einwandfrei hervor, daß im Ausland die Löhne wesentlich mehr gestiegen sind als in Deutschland. Auf die ausländischen Waren entfällt also ein wesentlich höherer Lohnanteil als auf die deutschen. Ist das der Fall, dann können die „hohen“ deutschen Löhne an der Konkurrenzfähigkeit verschiedener deutscher Waren auf dem Weltmarkt nicht schuld sein. Die hohen deutschen Warenpreise haben ihre Hauptursache in der unrationellen Betriebswirtschaft der deutschen Unternehmer.

Rechtsanwalts- und Notarverdienste.

Wer mit Rechtsanwälten und Notaren schon einmal zu tun gehabt hat, weiß, daß mit diesen kein billiges Geschäft zu machen ist. Die Angelegenheiten, die der Arbeiter mit Anwälten und Notaren zu regeln hat, betreffen nur kleine Wertobjekte, insgedessen sind auch die Gebühren nicht sonderlich hoch. Wenn der Arbeiter sie aber mit seinem Verdienst vergleicht, dann verdienen die Anwälte auch bei den kleinsten Sachen schon recht annehmbare Summen. Geradezu ungeheuerlich sind die Verdienste, die die Rechtsanwälte und Notare bei Rechtsgeschäften für die Besitzenden und Unternehmungen erzielen. Was sie hier verdienen, darüber wissen die Wirtschaftlichen Nachrichten von Rhein und Ruhr“ Interessantes zu melden. Wir entnehmen ihrer Mitteilung folgende Angaben:

Protokollierung einer Generalversammlung, Dauer 1/2 Stunde	12 000 Mk.
Protokollierung einer Generalversammlung, Dauer 1 Stunde	2 400 Mk.
Kapitalerhöhung einer U.-G. in Höhe von 1 Million Mark	20 000 Mk.
Anmeldung einer Kommanditgesellschaft (2 Anwälte je 68 Mk.)	136 Mk.
Annahme eines Vertrages, Dauer 15 Minuten	800 Mk.
Teilnahme an einer Generalversammlung, außer den direkten Kosten	2 000 Mk.
Für einen Prozeß (gesetzliches Anwalts Honorar)	20 000 Mk.
Dazu ein Extrahonorar, obwohl der Prozeß verloren ging	30 000 Mk.

Das sind einige Beispiele, wahrscheinlich gibt es noch viel aufreizendere. Erinnert sei an den Fall des volksparteilichen Berliner Stadtverordneten Dr. Hallensleben, der für seine Unterschrift unter den Vertrag, der die Umwandlung städtischer Werke in eine Aktiengesellschaft regelte, 324 000 Mk. forderte. Später hat er dem Sturm der öffentlichen Entrüstung etwas nachgegeben und ist mit seiner Forderung von 19 000 Mk. heruntergegangen. Auch das ist für die Leistung einer einzigen Unterschrift eine annehmbare Entschädigung. Daß Rechtsanwälte und Notare eine ihrer Leistung entsprechende Entschädigung erhalten, ist selbstverständlich, was aber zuviel ist, ist zuviel. Die Anwaltsgebühren sind durch Reichsgesetz geregelt, dieses entsprechend zu ändern, ist an der Zeit. Die Rechtsanwälte und Notare gehören mit zu jenen Leuten, die sich über die hohen Arbeitslöhne entziehen. Daß sie angesichts der Verdienste, die sie mühelos erzielen, dazu ein Recht haben, wird wohl niemand behaupten wollen. Sie hegen aber den Grundsatz: Wenn ich nur habe, die andern mögen sehen, wo sie bleiben.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 50. Wochenbeitrag für die Woche vom 6. bis 12. Dezember fällig geworden.

Berlin S. O. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Aus Amerika zurück.

Die Studentenkommision deutscher Gewerkschafter, die Mitte September nach Amerika gereist ist, ist nun zurückgekehrt. Zu diesen Amerikanerfahrern gehörte auch unser Verbandsvorsitzender, Kollege Larnow, den unser Kollege Wendel als Dolmetscher begleitet hat. Diese Begleitung hat sich als sehr nützlich erwiesen, denn die Teilnahme eines Kollegen, der das Englische wie seine Muttersprache beherrscht, sichert unsern Verbandsvorsitzenden nicht nur die richtige Übertragung seiner eigenen Worte, er konnte auch in die Dinge, die ihn interessierten, viel tiefer eindringen, als es ohne den sach- und sprachkundigen Begleiter möglich gewesen wäre.

Unsere beiden Amerikanerfahrer sind also zurück, und die Folgen des Autounfalles, den sie in Amerika erlitten, sind behoben. Beim Kollegen Larnow ist kaum noch eine Spur von der Nasenverletzung zu sehen, die ihm der amerikanische Arzt kunstgerecht vernäht hat. Der Unfall hat übrigens eine Änderung der Reisedispositionen nicht erforderlich gemacht.

Die deutsche Delegation hat zunächst dem amerikanischen Gewerkschaftskongress ihre Aufwartung gemacht, der in Atlantic-City tagte. Bei der Begrüßung an den Kongress war Larnow der Sprecher der deutschen Delegation. Über seine Rede haben wir von verschiedenen Teilnehmern der Delegation Mitteilung erhalten; alle stimmen darin überein, daß Larnow eine prächtige Rede gehalten hat, die von Wendel in glänzender Weise übersetzt wurde. Sie löste stürmische Beifallskundgebungen der Amerikaner aus.

Die Aufnahme, die die Deutschen in Amerika fanden, war äußerst herzlich. Besonders hat der Vorsitzende des amerikanischen Holzarbeiter-Verbandes unsern Kollegen eine Gastfreundschaft bewiesen, die weit über das Maß dessen hinaus-

geht, was auch bei hochgespannten Ansprüchen erwartet werden konnte.

Der Austausch der Sympathiegedungen war aber nicht der Zweck der Reise. Die Delegierten sollten durch eigenen Augenschein Einblick in die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Vereinigten Staaten zu gewinnen...

Eine wichtige Aufgabe der Delegierten war es, die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsmethoden in ihren Berufen, ganz besonders aber die Organisationsverhältnisse in Amerika zu studieren.

Die deutschen Delegierten sind nicht nach Amerika gegangen, um zu sehen, ob die dortigen Gewerkschaften gut oder schlecht sind, sondern sie wollten erfahren, wie sie sind.

Wir wollen es für heute bei diesen Überlegungen bewenden lassen. Mit dem 7. und eines ausführlichen Berichtes des Kollegen Tarnow über seine Reiseerlebnisse und Beobachtungen werden wir demnächst beginnen.

Korrespondenzen.

Eisenach. Wie allgemein, so herrscht auch hier Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Um so verwunderlicher ist es, daß die Behörden die Not steigern, indem sie den Bemühungen der Firma H. B. S., in erhöhtem Maße die Gefängnisarbeit in Anspruch zu nehmen...

Frankenthal. Unsere Verwaltungsstelle veranstaltete kürzlich eine Feier zu Ehren der alten Mitglieder, die 25 Jahre und länger unserem Verband angehören.

Unsere Lohnbewegung.

Vertragskündigung der Unternehmer.

Unser Vorstand wie auch der Vorstand des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes haben nach gemeinschaftlicher Aussprache den Landestarifvertragsparteien empfohlen, von einer Kündigung der Tarifverträge Abstand zu nehmen.

Für den Tarifvertrag im Rheingebiet ist neben dem Arbeitgeberverband im Rheingebiet, der ein Unterverband des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes ist, auch der Rheinisch-Westfälische Tischlerinnungsverband Vertragskontrahent.

verhätntis die Anerkennung des Zusatzvertrages über das Lohnamt und das Haupttarifamt. Der Rheinisch-Westfälische Tischlerinnungsverband lehnt diesen Zusatzvertrag grundsätzlich ab.

Auf eine Anregung der Arbeitgeberzentrale haben die beiderseitigen Zentralvorstände am 28. November versucht, eine Verständigung zwischen den bezüglichen Vertragsparteien herbeizuführen.

Bezeichnend ist, daß die Vertragskündigung im Rheingebiet mit ausdrücklicher Zustimmung des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes erfolgt ist.

Die Vereinigung der Verbände sächsischer Metallindustrieller hat den Landestarifvertrag für die Metallindustrie nebst dem Zusatzvertrag für die in der sächsischen Metallindustrie beschäftigten Holzarbeiter gekündigt.

In zwei größeren Betrieben der Berliner Piano-Mechanik-Industrie sind Differenzen ausgebrochen. Die Unternehmer versuchen unter Ausnutzung der ungünstigen Geschäftslage, größere Abordnungen vorzunehmen.

Aus der Holzindustrie.

Ristenindustrie und Schuhschloß.

Unter dieser Überschrift wendet sich der „Verband deutscher Ristenfabrikanten“ in einem Leitartikel der „Holzindustrie“ gegen unseren Aufsatz „Aus der Ristenindustrie“ in Nr. 44 der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Der „Verband deutscher Ristenfabrikanten“ sagt, das ist nicht angängig. Manchmal ist er anderer Ansicht. Das „Holzhandelsblatt“ veröffentlichte am 28. April 1925 eine Zuschrift des „Verbandes deutscher Ristenfabrikanten“.

Wir verkennen die Mängel unserer veröffentlichten Aus- und Einfuhrzahlen durchaus nicht, aber sie geben doch wenigstens ein einigermaßen zutreffendes Bild des Außenhandels der Ristenindustrie.

gelegentlich, wenn sie ihre Ristenstelle von Anfang an selbst zuschneiden könnte, ja noch besser wäre es, wenn sie nur Rundholz geliefert bekäme.

Der „Verband deutscher Ristenfabrikanten“ erklärt, er fordere keinen Hochschuß. Ob das stimmt, wissen wir nicht, da wir seine Forderung nicht kennen.

Die preussische Regierung und der Himmelsbach-Boylott. Wie wir in Nr. 46 der „Holzarbeiter-Zeitung“ mitteilten, haben die Landtagsabgeordneten Bauer (Ludewald) und Wende (Berlin) an die preussische Regierung eine „Kleine Anfrage“ gerichtet.

Es trifft zu, daß die preussische Staatsforstverwaltung die geschäftlichen Beziehungen zur Firma Himmelsbach abgebrochen hat, weil Vertreter und Angestellte dieser Firma im Berliner Prozeß Himmelsbach gegen Fernbach die Geschäftsführung der Staatsforstverwaltung mit Ausdrücken hemmungslos, weit über die Mäßigkeit ihrer berechtigten Interessen hinausgehender Kritik bedacht und sich Belästigungen gegenüber Staatsforstbeamten schuldig gemacht haben.

Die Regierung billigt also den Boylott. Wie aus dem Schreiben des Ministers an Dr. Himmelsbach hervorgeht, wird der Firma deshalb kein Holz mehr verkauft.

Wir hoffen, daß mit dieser Antwort des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Angelegenheit Himmelsbach ihr Ende noch nicht gefunden hat.

Wir hoffen, daß mit dieser Antwort des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Angelegenheit Himmelsbach ihr Ende noch nicht gefunden hat.

Rohstoffpreise, Warenpreise und Löhne im Korbmacher-gewerbe.

Die „Sächsische Handwerker- und Gewerbe-Zeitung“ beschäftigt sich in mehreren Artikeln mit dem Preisabbau.

veröffentlicht sie folgende Gegenüberstellung der Rohstoff- und Korbwarenpreise und der Spizenlöhne von 1914 und 1925:

Table with 4 columns: Rohstoffe pro Zentner, 1914, 1925, Steigerung in Prozent. Rows include Feilische grüne Weiden, Geschäfte weiße Weiden, Peddigrohre Ia, Spizenstundenlöhne, etc.

Ihre Macht und Leistungsfähigkeit verstärken, zum Zusammenschluß genötigt und auf gegenseitige Unterstützung angewiesen.

Nationaler und internationaler Zusammenschluß nicht nur mit den Arbeitsbrüdern aus anderen Betrieben im eigenen Land, sondern Zusammenschluß auch mit den Berufs-kollegen der anderen Länder.

Auch die Unternehmer und die Regierungen haben regelmäßig Zusammenkünfte, bei denen Besprechungen gepflogen werden, die für die Lage der Arbeiter und Angestellten von großer Bedeutung sind.

Der Baugewerksbund und sein kommunistisches Konkurrenzverbändchen.

Der Baugewerksbund beschäftigte sich auf seiner Mitte November abgehaltenen Beiratsitzung mit dem Antrag des Verbandes ausgeschlossener Bauarbeiter, beide Verbände zu vereinigen.

betrat bekennet sich aufs neue zu dem vom ersten Bundestag erneuerten Beschluß von Leipzig über Wiederaufnahme von Mitgliedern kommunistischer Bauarbeitervereine...

Literarisches.

Aus einer alten Handwerksburschen-Mappe. Eine Geschichte von Selmat, Werden und Wirten. Von S. Lange. 210 Seiten mit sechs Tafeln. Preis gebunden 4 Mk.

Elf Jahre unter den Schwarzen Südafrikas. Von Emil Solub. Band 30 der bekannten Brodhause-Sammlung. Preis 1,50 Mk.

Gefänge der Zeit. Gedichte von Bruno Schönlank. 3. Aufl. Preis 70 Pf.

Zum Kampfe um das Reichshulgesetz. Von Dr. Kurt Löwenstein. Preis 60 Pf.

Der Verlag J. A. Brodhause teilt soeben mit der fünften Folge 1925/26 seines schmidten Jahrbuches 'Den Freunden des Verlags' an die Öffentlichkeit.

Wahrender Wäbbsinn. 1000 Witze von Ernst Barck. Preis gebunden 3,50 Mk.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler, Hamburg. Gesamteinnahme im November 18.808,49 Mk.

Gewerkschaftliches.

Der Internationalismus in der Gewerkschaft.

Die harten Tatsachen haben Arbeiter und Angestellte gelehrt, daß eine Verbesserung ihrer eigenen Lage wie die der Arbeiterklasse überhaupt nur durch Kampf erkungen werden kann.

Otto Schröpfer, geb. am 18. November 1896 zu Erfurt. Buchnummer 933330, veröffentlicht seit 22. November 1925.

Erik Schüb, Schreiner aus Gütlich in Bayern, wird erwidert wegen einer sehr dringenden Sache sofort keine Adresse an seine Eltern zu schicken.

Hermann Szalat, geb. 31. März 1901 zu Hilfingsburg, ist nach Unterschlagung einflussreicher Verbandsbeiträge von hier abgereist.

Richard Siebert, Meißner, 2. Neue Straße 13, bittet diejenigen Kollegen, welche mit ihm im Freie (Frankreich) bei der Jägerzeitung A 203 waren, in wichtiger Angelegenheit um ihre Adresse.

Einige Schreiner, welche selbstständig auf Schenkelecks arbeiten können, zum abschließenden Kontakt gesucht.

Stadtbauamt sucht tüchtigen energiegelichen Meister, in der Lage ist, seine angelernten, speziell aus Mauerwerk und Ziegelmasonry für untere Werk nach Bedarf in Garmisch, Leitzing, Berchtesgaden, Pöchlarn, etc. zu beschäftigen.

Ediger Möbelmacher, welcher auf weiße, französische und polnische Möbel gearbeitet hat, sucht Stellung, Offerte an Tischler Wilhelm Schumann, Schützenstr. 2, Garmisch, Bayern.

Ein tüchtiger Stuhlpolierer und Leizer sucht gesucht. S. & S. Spinn, Engelstr. 2, Garmisch i. Bay.

Lohnhandwerker, sucht tüchtige und zuverlässige, auf Garmisch, Leitzing und Pöchlarn, etc. zu beschäftigen, stellt ein zuverlässiges Schneidwerkzeug, welches für alle Holzarbeiten geeignet ist, zu Verfügung.

Polierwatte Christ Wandschmann, Rabenau in Sa. Schöne Intarsien für Möbel, Schatullen Maxim. Weiß, Würzburg, Soßl 17.

Nobelbänke, 2 m. bis 100 Mk. H. Dreger, Schatullen, Schatullenbergstr. 11.

Alles zur Laubsägerei, Architekt, Holzbrand, liefert J. E. Jahn, Magdalenstr. 11 (Walg). Preisliste gratis und franco.

Intarsien für Schatullen, Nähstiche, Schlafzimmer usw. Musterbogen gegen 40 Pf. in Briefmarken. E. Biller, Heidelberg, Theaterstr. 7.

Stuhlflechtrohr! Beste, ergiebigste Qualität, Halbgel rotband Nr. 2a 3a 4a pro Pfund Mk. 4,20 4,- 3,80 Bei 9 Pfund portofrei, liefert sofort Walther, Dresden-N., Rehfelderstr. 53.

Sportschlitten-Kufen Esche, gebogen, prima Qualität 50 100 120 140 160 cm Holzl. 1,20 2,- 2,50 2,90 3,30 Mk. p. Paar ab Lager gegen Nachnahme. Um Porto zu sparen, empfiehlt es sich, von den kleinen Nummern 2 Paar zu bestellen. Schneeschuhe gegen billigste Bereicherung. M. Walther, Dresden 22, Rehfelder Straße 53.

Kollegen! Nobelbänke in jeder gewünschten Ausführung, Normalbank, 2 m lang mit Eisenspielen, Blatt und Untergerüst, aus la trockenem Rotbuche 88 Mk. Betriebs-Verband Schlesien, G.m.b.H., Abteilung Fabrik für Holzverarbeitung, Liegnitz, Gießwitzer Str. 1.

Original Englische Tischhauer- u. Drechsler-Werkzeuge, Verlagsanstalt des Deutschen Tischler-Verbandes, Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West, Zehlendorfer Straße 33, Werkzeug-Katalog 1925 mit hundertseitigen Farbbildern und Beschreibungen gratis u. fr. Bestellungen werden nur schriftlich angenommen.

Bildhauer- u. Stuhlbauer-Werkzeug, unter Garantie liefert Fritz Plocherwerk, Rabenau i. Sa.

Tischlerschule Blankenburg am Harz, Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenarchitekt, Programm geg. Rückp.

Rapid-Schellack-Politur, Das Polieren ist eine Spielerei bei garantiert einwandfreier Hochglanzdecke. Oberzeugen Sie sich selbst! Broschüre kostenlos. Chemische Fabrik auf Aktien (vorm. E. Schering), Berlin N.W. Müllerstr. 10.

Der gebundene Jahrgang Fachblatt für Holzarbeiter 1925, gelangt am 15. Dezember d. J. zur Auslieferung! Preis 8 Mk. Für Mitglieder des Verbandes beim Bezug durch die Verwaltungsstelle nur 7 Mk.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH., Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2.

Günstiges Angebot! Sofort ab Lager lieferbar: Sportschlittenkufen aus schles. Esche in prima Qualität

70 80 90 100 110 120 130 140 150 160 cm Holzlänge 0,95 1,10 1,40 1,75 1,95 2,15 2,35 2,50 2,70 2,85 Mk. pro Paar, auch länger. (1 Paar = 1 Doppelpaar) Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Für den Versand ist Angabe der zuständigen Güterbahnstation unbedingt erforderlich. Weigel & Lange, Greiffenberg (Schles.)

Weihnachts-Angebot! nur für schriftliche Bestellungen welche bis 24. Dezember eingehen. 1a Ziehlingenhobel Nr. 80, ohne Eisen 1,30 Mk., dazu passend acht schwedische Sandstollen-Eisen, 70 mm breit 40 Pf. oder acht französische Peugeot-Freses-Eisen, Zeichen Löwe, 70 mm breit 80 Pf. 1a Ziehlingen, schwach und stark 30 Pf. 2a Güte Peugeot-Freses, Zeichen Löwe, 80 Pf. und 1,20 Mk. 3a Feinwerkzeuge 1 Mk. Original Wiedl 1,10 Mk. 4a Wdhrt-Hackmesser mit Aufreiber 75 Pf. 5a Leimträger 1a 90 Pf. 6a Simshobel Bull-Rose 1,25 Mk. 7a Silbeteilen, poliert, mit acht gezahnten Zähnen 1,75 Mk. 8a Patent-Schraubenzieher mit drei Ringen, mit Messingführung 5,50 Mk., ganze Länge ausgezogen 50 cm, mit Schraubenzieher 1a Reform-Puhhobel, poliert Birnbaumholz mit Nachholzsohle und verstellbarem Spund, das Beste was es gibt, 11 Mk. 9a Puhhobel, Weibhölzer mit Garantie-Eisen, 45 mm Eisenbreite, 3,80 Mk., getropfte Feinsägen, 25 cm Blattlänge, Original Wiedl 1,60 Mk. Werkzeug-Katalog 1925 bei Bedarf an Werkzeugen gratis u. franco Otto Bergmann, Din.-Lichterfelde-West

Der beste Putzhobel mit stets kleinem Maul u. nachstellbarem Keil. Gebrauchsfertig unter Garantie. Ohne Nachholzsohle 8,- Mk. franco Nachh. Mit echter Nachholzsohle 11,50 Mk. Sämtliche Tischlerwerkzeuge erstklassig, preiswert. Prompte Lieferung. Preisliste gratis. M. Hiesinger, Werkzeugfabrik, Nürnberg.

Billige Fachschriften, Tischler-(Schreiner-)Arbeiten, von Prof. E. Viehweger, 3 Bände Band 1: Materialien, Handwerkzeuge, Maschinen, Einzelverbindungen, Fußböden, Fenster, Treppen, Fensterläden, Korbte. Mit 628 Abb. Band 2: Türen und Tore, Anordnung und Konstruktion, Haus-, Balken- u. Gurttüren, 206 Abbild. Band 3: Innere Türen, Klügel, Fendelschleie, und Drehüren, Wandverkleid., Decken. 323 Abbild. Geometrisches Zeichnen, von H. Becker, Neubearbeitet u. Prof. J. Bonderlann. Mit 290 Abbildungen und 28 Tafeln. Zentralperspektive, von Hans Freiberger, Neubearbeitet von Professor J. Bonderlann. Mit 132 Abbildungen. Stütze, von Prof. A. L. Hartmann, 2 Bände. Band 1: Altertum u. Mittelalter. Mit 11 Vollbildern u. 142 Textabbild. Band 2: Renaissance u. Neuzeit. Mit 2 Vollbildern u. 61 Textabb. Das Holz, Aufbau, Eigenschaften und Verwendung, von Professor S. Wida. Mit 109 Abbildungen. Die Laubbölzer, von Prof. J. W. Neeger, Kurzgefaßte Beschreibung der in Mitteleuropa einheimischen Bäume und Sträucher sowie der wichtigsten in Gärten gezogenen Laubböhlzer. Mit 74 Textabbildungen und 6 Tafeln. Die Nadelbölzer (Kieferen) und fibrigen Garmischbäume, von Prof. Dr. J. W. Neeger. Mit 51 Abb., 5 Tabellen u. 4 Karten. Preis pro Band 1.25 Mark. Zu beziehen durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzark.-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.